

DOPPELHAUSHALT			2017/2018
STELLUNGNAHME zu Antrag			144 a
Die Linke --- --- --- --- --- --- ---	Seite HH-Plan	Investive Maßnahme	
	333	7.661024	
	Erlös-/Aufwandsart Ein-/Auszahlungsart		
	Auszahlung für Tiefbau		
Finanzierung des neuen Wildparkstadions - Streichung der Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen			

Zur 1. Veränderungsliste wurde von Die Linke ein Antrag auf Streichung der zusätzlichen Mittel eingereicht.

Die Verwaltung empfiehlt, diesen Antrag -wie auch den Ursprungsantrag- abzulehnen.

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

14.11.2016

DOPPELHAUSHALT

2017/2018

Antrag zum Thema

Finanzierung des neuen Wildparkstadions - Streichung der Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan		Teilhaushalt			
▶ 144	▶ 6600				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶ 7.661024					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2017	2018	2019	2020	2021
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☒ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Bitte aus Liste auswählen	-3.000.000	-4.000.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☐ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

Finanzierung des neuen Wildparkstadions - Streichung der Auszahlung für Tiefbaumaßnahmen

► Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
► bitte Zuschussempfänger eintragen
► Sachverhalt Begründung

Wir beantragen die Streichung von 3 Mio EURO in 2017 und 4.000.000 Mio EURO in 2018.

Beides sind Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Wildparkstadions.

Wir lehnen dieses Bauprojekt wegen des finanziellen Konstrukts ab. Es handelt sich um ein Steuergeschenk an das Gewerbe Profifußball, weil gesicherte Rückzahlungsgarantien fehlen. Gleichzeitig belegen Stadt und Gemeinderatsmehrheit einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger mit harten Sparmaßnahmen. Das ist keine soziale Politik.

Unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos, Sabine Zürn